

Energieeffiziente Umrüstung der Saalbeleuchtung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative

In den Veranstaltungssälen der Stadthalle wurde im Jahr 2017 die Saalbeleuchtung inklusive Steuerung erneuert. Mit der Bestandsbeleuchtung konnte keine optimale und gleichmäßige Ausleuchtung der Veranstaltungsfläche z.B. bei Tagungen, Messen oder Prüfungen mehr gewährleistet werden. Die Anforderungen an die heutigen Standards konnten mit der Anlage nicht mehr erfüllt werden. Zudem war der Leuchtmitteltausch aufgrund der Raumhöhe nur schwer zu bewältigen und personell kostenintensiv. Im Zuge der Maßnahme wurden mehr als 200 Glühbirnen ausgebaut und gegen energieeffiziente und umweltfreundliche LED Leuchten ersetzt. Im Ergebnis der Planungs- und Umbauarbeiten wird eine Stromersparung von ca. 87 % und eine Co2-Reduktion von rund 80.000 kg/ Jahr erreicht. Die Amortisierung der Maßnahme ist damit innerhalb von 5 Jahren möglich.

Die Maßnahme wurde mit 30% der Investitionskosten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (Förderkennzeichen 03K04834) gefördert.

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten an: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen. Weitere Informationen zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative sind auf der Seite des Projektträgers Jülich unter dem Link <https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen> abrufbar.



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages